

Vorwort



Freiheit und Furcht vor Gewalt sind unvereinbare Gegensätze. Wer Angst hat, durch die Straßen zu gehen, wer sich selbst in seinem eigenen Heim nicht sicher fühlt, ist nicht frei. Die Bekämpfung von Gewalt ist daher vorrangige Aufgabe eines der Freiheit verpflichteten Staates.

Zu den besonders gefährlichen Formen der Gewalt gehört die vorurteilsbedingte Gewaltkriminalität. Sie richtet sich gegen die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in der zivilisierten Gesellschaft – die Unantastbarkeit der Menschenwürde als Gemeinschaftswert. Brutale Gewalt, die das konkrete Opfer zufällig und gesichtslos auswählt, um eine ganze Bevölkerungsgruppe (z. B. Ausländer, Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle) symbolisch zu erniedrigen und einzuschüchtern, muss daher entschlossen bekämpft werden. Die Wirkungen dieser Hasskriminalität – ein synonyme Ausdruck für Vorurteilstkriminalität – sind verheerend. Sie treffen nicht nur das einzelne Opfer, sondern vermitteln der gesamten Opfergruppe die einschüchternde Botschaft der Ablehnung, des Hasses und der Angst. Staatsangehörigkeit, ethnische Zugehörigkeit, Religion, politische oder sexuelle Orientierung oder auch ein besonderer Lebensstil von Angehörigen solcher Gruppen werden zum Anlass für willkürliche Angriffe auf Zufallsopfer genommen.

Solche Taten bedrohen über die einzelnen Opfer hinaus die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in unserem Staat. Hiergegen muss rasch und entschlossen mit den Mitteln des Strafrechts eingeschritten werden. Damit ist es aber nicht getan. Es gilt vielmehr, die Ursachen der Hasskriminalität aufzuspüren und Strategien zu entwickeln, wie sie durch vorbeugende Maßnahmen verhindert werden kann. Das Bundesministerium der Justiz hat deshalb im Sommer 2001 das Projekt „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere: junge Menschen“ an das Deutsche Forum für Kriminalprävention vergeben. Die Projektergebnisse liegen nunmehr vor. Sie sind umfangreich und eindrucksvoll. Ne-

ben einer Fülle von Material werden auch konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt, die Gegenstand der politischen Erörterungen sein werden. Insbesondere wird aufgezeigt, dass vorbeugende Maßnahmen schon frühzeitig einsetzen müssen, so insbesondere im Kindergarten und in der Schule. Ich danke der Arbeitsgruppe und allen Mitarbeitern des Projekts und bin überzeugt, dass die Veröffentlichung der Projektergebnisse eine wertvolle Hilfe für die Prävention von Hasskriminalität sein wird.

Brigitte Zypries

Bundesministerin der Justiz